für die
**volks-
macht**

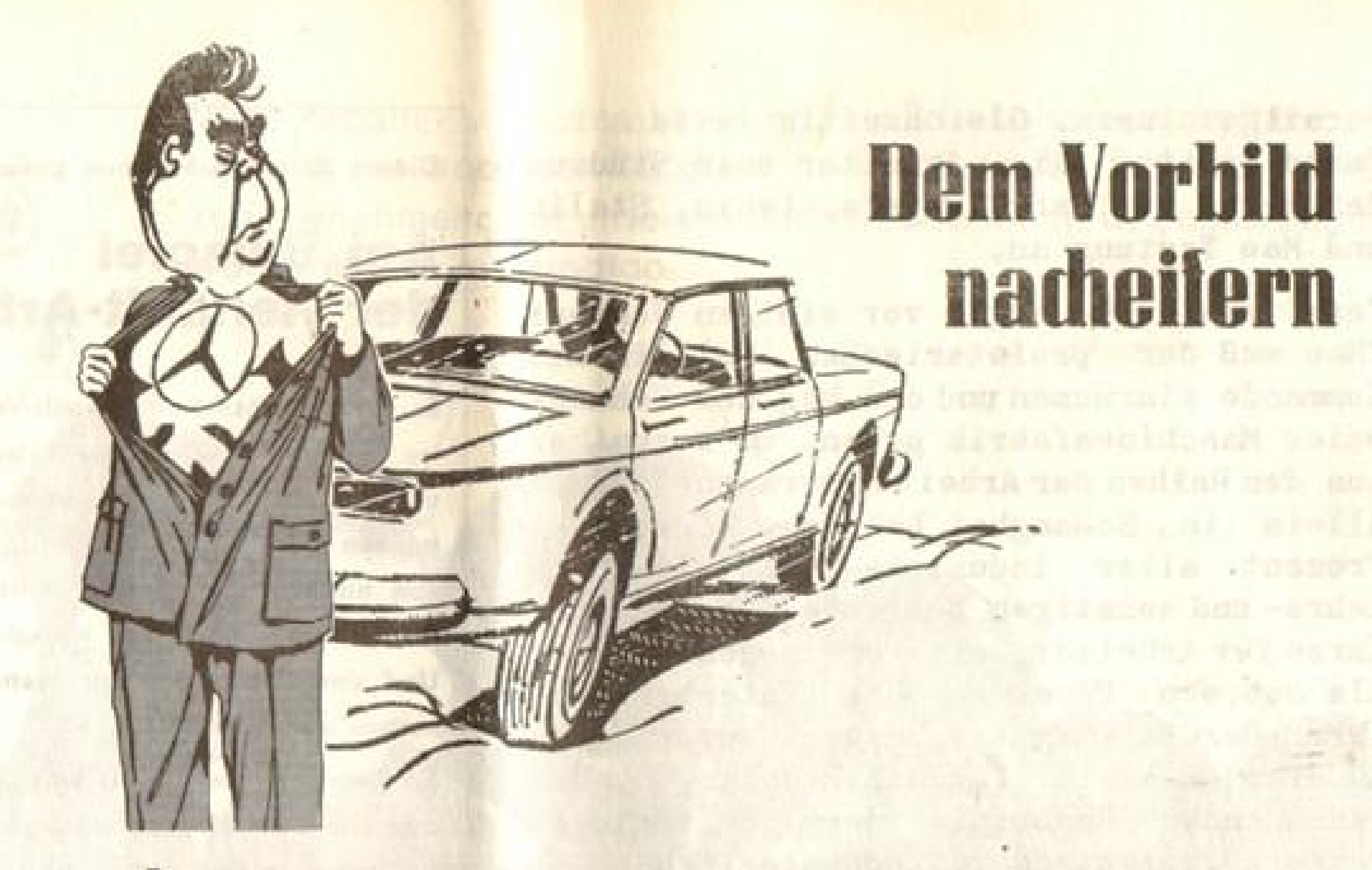
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Dem Vorbild nacheifern

Jeder Staat hat die Gauner, die er verdient. So verfügt beispielsweise das bürgerliche Österreich über eine stattliche Anzahl wegen Betruges abgeurteilter Ex-Minister, -Gewerkschaftspräsidenten und sonstiger Parteigrößen. Im Amerika der kriegerischen Nixonschen Falken wiederum gibt's die schießfreudigen Gangster der Cosa Nostra. Und welche Ganoven machen sich im Reiche des stolzen Mercedes- und Rolls-Royce-Besitzers Breschnew breit? Selbstverständlich jene, die den schwarzen Markt mit der begehrten westlichen Ware beliefern. Denn wenn schon der große Parteifunktionär im Mercedes fährt, dann will auch der kleine Parteifunktionär den Hauch der großen weiten Welt verspüren, indem er sich wenigstens einen Nylonregenmantel und seiner Frau Nylonstrümpfe kauft. Aber westliches Konsumgut ist in Osteuropa trotz Schmuggel und Tourismus noch immer Mangelware.

Doch in Grusinien (Georgien) fand sich ein heller Kopf und damit ein Ausweg. Wozu in die Ferne schweifen, wo's doch in der Sowjetunion ebenfalls synthetische Fasern gibt, dachte sich Otari Laschischwili. Gedacht, getan. Laschischwili (Beruf: verbummelter Student) gründete eine Art Mafia, besorgte sich mit Hilfe korrupter oder eingeschüchterter Funktionäre illegal Maschinen und Rohstoff und produzierte in Untergrundfabriken die begehrte Ware für den schwarzen Markt. Kleine Geschenke an die Frau Gemahlin des grusinischen Parteichefs Mschawanadse sicherten ihm zunächst das Wohlwollen hoher und höchster Stellen, und als im Lauf der Jahre die Größe der Geschenke wuchs, da wuchsen im selben Maßstab die Untergrundbetriebe und der Einfluß Laschischwilis auf die Politik. Zum Schluß war er bereits so mächtig, daß er Ernennungen und Absetzungen diktierte, und zwar nicht nur von kleinen Funktionären, sondern von Sekretären der KP und Ministern der grusinischen Sowjetrepublik! Und offenbar niemand im ganzen Land fand es ungewöhnlich, daß Herr Laschischwili zwei Villen mit Swimmingpools und mehrere Autos besaß und daß er rauschende Feste zu geben pflegte. Woraus man schließen darf, daß Prunk und Pomp in Breschnews Arbeiter- und Bauernstaat zum guten Ton gehören.

Als die unglaubliche Geschichte von der in Geheimbetrieben und letztlich sogar schon in Staatsbetrieben hergestellten Schwarzmarktware dann doch aufflog, verlor der KP-Chef Mschawanadse seinen Posten. Laschischwili kam mit 81 seiner Mafiosi vor Gericht und erhielt 15 Jahre Kerker. (Der Ankläger hatte die Todesstrafe gefordert.) Dieses verhältnismäßig milde Urteil beweist, daß Vertrauensleute des Gangsterbosses noch immer in Schlüsselstellungen sitzen, denn andere Angeklagte sind in ähnlichen Fällen tatsächlich hingerichtet worden.

Trotzdem: Wie die Tifliser Zeitung „Zarija Wostoka" mitteilt, haben die Behörden gegen „private Geschäftemacher" bereits energische Maßnahmen ergriffen. Die vielen kleinen Hausierer – arme Teufel, die ein paar Steigerln Obst oder einen Armvoll Blumen aus dem subtropischen Grusinien im nördlichen Moskau oder Leningrad verkaufen – erhalten ab sofort keine Reiseerlaubnis mehr! Womit den kleinen Geschäftemachern das Geschäft gründlich vermasselt wurde. Und womit die großen Geschäftemacher im Kreml wieder einmal den Sozialismus gerettet zu haben glauben. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 72 · März 1973



(Zu unserem Bericht auf Seite 3)

Den Sieg feiern, wachsam bleiben!

Ohne Rücksicht auf Verluste

Der Finanzminister hat nur für Großverdiener eine hilfreiche Hand



Sie sind gewiß keine Engel, die westdeutschen Sozialdemokraten; denn wenn sie auch im bundesrepublikanischen Parlament auf die Stimmen der bürgerlichen FDP angewiesen sind, so könnten sie doch einiges für die Arbeiterschaft tun. Wenn sie nur wirklich wollten. Dennoch: Im Vergleich zu Kreisky und seinem Team wirken die deutschen Sozialdemokraten geradezu revolutionär. Sie haben nämlich entdeckt, daß man nicht immer nur den Arbeiter mit Zusatzsteuern belasten kann, sondern daß auch beim Generaldirektor was zu holen ist. Ab Juli 1973 werden Großverdiener in der BRD einen 10prozentigen Steuerzuschlag zahlen müssen. Großverdiener sind jene, die ein jährliches Einkommen von umgerechnet mindestens S 375 000 (Ledige) beziehungsweise S 750 000 (Eheleute) haben.

Bei uns in Österreich sind die Sozialdemokraten nicht auf bürgerliche Stimmen angewiesen, denn im Parlament haben sie die absolute Mehrheit. Sie können also jedes beliebige Gesetz beschließen, ohne Rücksicht auf Verluste. Und sie tun's auch — allerdings ohne Rücksicht auf die Reallohnverluste der Arbeiter! Wenn's dagegen um das Einkommen der Großverdiener geht, dann üben die SP-Mandatare noble Rücksicht, unter anderem schon deshalb, weil die Herren Minister, die Abgeordneten und die hohen Tiere in der Gewerkschaft ja meist selber Großverdiener sind. Nur muß man sich dem tepperten Stimmvieh gegenüber halt eine einleuchtende Begründung für die Großverdienerfreundlichkeit einfallen lassen. Womit überzeugt man einen Tepperten am besten? Mit einer Milchmädchenrechnung. Unser Hannes, Finanzminister mit Sunnyboy-Image, erklärte also in einem „Kronen-Zeitung"-Interview, warum er nicht an eine Großverdienersteuer denke; sie bringe bei uns viel weniger ein als in der BRD, weil es bei uns doch viel weniger Großverdiener gäbe als in der Bundesrepublik.

Stimmt. Doch wenn wir schon beim Blödeln sind, geschätzter und (vielleicht ähnlicher Interviews wegen?) mit dem Faschingsorden ausgezeichneter Herr Minister, dann können wir ja die ganze Kärglichkeit Ihres Argumentes mit einer Gegen-Milchmädchenrechnung aufdecken. Unter den 7 Millionen Österreichern beispielsweise gibt's nicht nur weniger Großverdiener, sondern auch weit weniger Lohnsteuerzahler als unter den 60 Millionen Bundesdeutschen. Sind Herr Finanzminister deshalb etwa bereit, wenigstens auf den seinerzeit von der ÖVP-Alleinregierung eingeführten und derzeit von der SPÖ-Regierung stillschweigend weiterkassierten 10prozentigen Lohnsteuerzuschlag zu verzichten? Der Herr Minister verzichten nicht. Aber wir verzichten. Auf eine Antwort nämlich. Sonst kriegen Ew. Exzellenz womöglich noch einen weiteren Komikerorden. ●

Den Sieg feiern, wachsam bleiben!



Es ist ein großer, glorreicher Sieg! So kennzeichnen die Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams die Bedeutung des am 27. Jänner in Paris unterzeichneten Abkommens zur Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam. Das gleiche fühlen die Menschen auf dem ganzen Erdball im Herzen schon jetzt, und bald wird jeder denkende Mensch auch bewußt erkennen,daß es ein Sieg der guten Sache im Weltmaßstab, ein wirklich weltgeschichtlicher Sieg ist.

Worin besteht dieser grandiose Sieg? In der Hauptsache darin,daß der amerikanische Imperialismus, der sich nach dem zweiten Weltkrieg an die Spitze aller imperialistischen Mächte gestellt hatte und in die Fußstapfen des Hitler-Faschismus getreten war, um die Weltherrschaft zu erobern, hier, in Südostasien,eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Im Jahre 1954 weigerte sich der US-Imperialismus, die Genfer Abkommen über Indochina zu unterzeichnen: stattdessen schmiedete er im selben Jahr den aggressiven Militärblock SEATO ("Südostasienpakt"), der gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Südostasiens gerichtet und zur Vorbereitung eines konterrevolutionären Krieges gegen Volks-China bestimmt war. Der SEATO-Block liegt nun in Trümmern, und die Bestimmungen der Genfer Indochina-Abkommen wurden im Pariser Friedensvertrag vom 27. Jänner 1973 von den USA ausdrücklich und feierlich anerkannt: Die Nixon-Regierung hat anerkannt, daß Vietnam ein unteilbares Land, die vietnamesische Nation eine unteilbare Nation ist; daß die Bevölkerung des Südens von Vietnam das uneingeschränkte Recht hat, über ihre Zukunft, einschließlich der friedlichen Wiedervereinigung mit dem Norden des Landes, selbständig, ohne jegliche äußere Einmischung zu bestimmen; daß die amerikanischen Aggressionstruppen mitsamt ihren Vasallen und allen ihren militärischen und halbmilitärischen Einrichtungen bis zu einem genau festgelegten Termin Vietnam zu räumen haben; daß die USA in Zukunft keinerlei militärische oder politische Einmischung in die Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes unternehmen dürfen.

Wem ist der Sieg zuzuschreiben? Zuallererst und im wesentlichen dem heldenhaften vietnamesischen Volk selbst, das einen umfassenden Volkskrieg gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Saigoner Marionetten entfaltet hat. Gerade in diesem Volkskrieg hat Vietnam durch die Mobilisierung der Massen,Vertrauen in die gerechte Sache und in die eigene Kraft, durch seinen unerschütterlichen Siegeswillen und seine unermüdliche Ausdauer trotz größter Schwierigkeiten und härtester Bedingungen den scheinbar übermächtigen und unüberwindlichen Gegner geschlagen. Die Moskauer Sozialimperialisten sind gegen den Volkskrieg Sturm gelaufen, haben alles getan, um den Vietnamesen einzureden, daß sie militärisch nichts gegen den US-Imperialisten ausrichten könnten, daß sie sich auf die russische Supermacht verlassen müßten. Und ihre Agenten vom Höchstädtplatz haben, als revolutionäre Arbeiter und Studenten die Trauerprozession der Revisionisten, die mit Kerzen und Särgen für einen Kapitulations"frieden" warben, in Kampfdemonstrationen umwandeln wollten, unseren Genossen die Transparente mit der Aufschrift "Sieg dem Volkskrieg" entrissen und sie handgreiflich attackiert. Ja, noch im Mai 1972 hatten sie die Frechheit, die antiimperialistischen Demonstranten in Salzburg zu bezichtigen, diese hätten angeblich mit der "Volkskrieg"-Parole Nixon Vorschub geleistet! Jetzt müssen sie selbst zugeben, daß der US-Imperialismus eben durch den Volkskrieg in Vietnam bezwungen worden ist. Die Chruschtschowisten haben immer Zeter und Mordio geschrieen, wenn die Mar-



Südvietnam gestern ...

xisten-Leninisten zur Unterstützung revolutionärer Volkskriege aufriefen; denn, so weissagten sie heuchlerisch, solche lokalen Kriege wären Funken, an denen sich ein nuklearer Weltbrand entzünden müßte.Jetzt erklärt das Polbüro der "K"PÖ ("Volksstimme", 25.Jänner), Vietnam habe bewiesen: "Die Angriffe der Imperialisten in einem lokalen Krieg können abgewehrt werden, ohne daß es zu einem neuen Weltkrieg kommen muß."

Ein Gesetz der Geschichte

Der Sieg des vietnamesischen Volkes hat so die Hinfälligkeit und Verlogenheit der revisionistischen Thesen bewiesen. Er ist ein Beweis für die Richtigkeit und Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus, vor allem der wissenschaftlichen Schlußfolgerung

VRÄ

Unser Lokal: Wien 20, Universumstraße 40

Diskussionen jeweils am Freitag ab 20 Uhr

Telefon 33 87 774
1205 Wien, Postfach 3

des Genossen Mao Tsetung: "Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen... Ein kleines Volk kann, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, wenn es die Geschicke seines Landes in die eigenen Hände nimmt,die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte." Und jetzt mußte bezeichnenderweise sogar der Chefredakteur der "AZ", Manfred Scheuch, zugeben, "daß in der heutigen Welt eine Kanonenbootpolitik nach dem Muster des vorigen Jahrhunderts auch gegenüber kleinen Völkern, die bereit zum Widerstand sind, keineswegs mehr möglich ist" (Leitartikel vom 25. Jänner).

Der grandiose Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-Imperialismus ist auch ein gewaltiger Sieg aller Völker, die Frieden und Gerechtigkeit lieben. Und zwar ist es ihr Sieg in doppeltem Sinn: Einerseits haben die stürmischen Protestaktionen gegen den US-Imperialismus und die machtvollen Solidaritätskundgebungen für die Völker Indochinas deren Kampf wirksam unterstützt; andererseits lieferte dieser siegreiche Kampf ein ermutigendes Vorbild für alle Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringen, und ist die schwere Niederlage, die den amerikanischen Aggressoren in Vietnam zugefügt wurde, eine unschätzbare Hilfe für den weltweiten Befreiungskampf gegen den Imperialismus. Jede Hilfe ist gegenseitig, lehrt der Marxismus-Leninismus. Als sich am 1.Februar die Vertreter des vietnamesischen Volkes, Le Duc Tho und Xuan Thuy, bei Mao Tsetung persönlich für "die große Hilfe und



... und heute



Ermutigung" seitens Volks-Chinas bedankte, erwiderte Genosse Mao: "Unsere Hilfe war sehr gering. Wir müssen euch danken. Ihr seid es, die uns geholfen haben. Ihr habt mehr als zehn Jahre lang gegen den US-Imperialismus gekämpft. Wir haben stets einander Hilfe geleistet." Diese Worte drücken auch unsere Einstellung aus. Der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes und der anderen Völker Indochinas hat der revolutionären Bewegung in Österreich einen starken Auftrieb gegeben. Die machtvolle antiimperialistische Demonstration in Wien am 19. Jänner (ebenso wie die entsprechenden Kundgebungen in anderen Bundesländern) ist der anschauliche Beweis dafür.

Die unheilige Allianz

Indem wir den Sieg des vietnamesischen Volkes feiern, dürfen wir zugleich in der Wachsamkeit gegenüber dem US-Imperialismus und der zweiten Supermacht nicht nachlassen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeutet noch nicht seinen Vollzug,betonen die vietnamesischen Genossen. Noch versucht die US-Marionette Thieu durch unaufhörliche Attacken gegen die befreiten Gebiete Südvietnams und durch grausamen Terror gegen die Volksmassen in den vom faschistischen Regime Saigons beherrschten Gebieten den Waffenstillstand zu brechen. Noch unterstützen die US-Imperialisten ihren hilflosen Lakaien Lon Nol, und auch die russischen Sozialimperialisten erkennen weiter diesen Verräter an, obwohl die Regierung der nationalen Einheit unter Norodom Sihanouk 85 Prozent des Territoriums von Kambodscha mit fünf von den sieben Millionen seiner Einwohner kontrolliert. Noch hält die Nixon-Regierung ihre gigantischen Militärstützpunkte in Thailand aufrecht, von denen aus sie die Völker Indochinas mit neuerlichen Interventionen bedroht.

In dieser Situation ist die aktive Solidarität aller Völker, auch des österreichischen Volkes,mit den um einen gesicherten Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Indochinas nicht weniger dringend als zuvor. Doch in eben dieser Situation "konfrontiert" Kanzler Kreisky die fortschrittliche Jugend unseres Landes mit seiner "Herausforderung"("challenge" nennt er das auf gut angelsächsisch in einem "Wochenpresse"-Interview), mit seinem angeblichen "Hilfsprogramm" für Vietnam (eine "Königsidee" laut "Kronenzeitung"), während gleichzeitig Kardinal König die Freiheitskriege als "ungerecht" abkanzelt.

Kanzler und Kardinal verfolgen ein und dasselbe Ziel: die Solidarität mit dem Kampf der Völker Indochinas in eine Schnorraktion "umzufunktionieren", sozusagen die geballte Faust in eine ausgestreckte Hand für milde Gaben zu verwandeln.

Das darf der Firma Kanzler & Kardinal nicht gelingen! Gegen diese unheilige K.u.K.-Allianz gibt es nur eines: noch engeren Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte in Österreich für die aktive Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas! ●

Die Nutznießer des kapitalistischen Systems

Vor einiger Zeit erhielten wir einen Leserbrief, der uns über ein SP-Flugblatt berichtete. Dieses Flugblatt, das wir uns besorgten, erscheint uns sehr interessant. Zeigt es doch von der wachsenden Unzufriedenheit der arbeitenden Menschen und offenbart es andererseits die jämmerliche Blödheit, mit der hier versucht wird, die Arbeiter zu betrügen.

Die Inflation verstärkt sich immer mehr und wird dieses Jahr noch schärfere Formen annehmen. Gleichzeitig wächst in den Betrieben der Widerstand der Arbeiter, die sich immer mehr auf ihre eigene Kraft besinnen und sich nicht mehr von den Gewerkschaftsbonzen bremsen lassen wollen. Die Streiks in den Wiener holzverarbeitenden Betrieben und bei Böhler sind ein Beispiel dafür und zeigten dies ganz deutlich. Gegen verstärkte Antreiberei und Überstundenschinderei, gegen die Preissteigerungen gibt es nur eine Antwort: Sofortiger Kampf für höheren Lohn in jedem Betrieb, trotz der ÖGB-Packler und der Heuchler an der KP-Spitze. Diese ist doch selbst mit ihrem Osthandel, mit ihren Gewerkschaftsposten und den Gewerkschaftsgeldern, die in ihre Taschen fließen, Teilhaber des kapitalistischen Systems. Weil die KP-Spitze längst die revolutionären Ziele aufgegeben hat, vertritt sie auch in den Tageskämpfen nicht die Interessen der Arbeiter.

Die "Erfolge" der GE bei den Betriebsratswahlen beruhen daher auch nicht auf einer Basis der KP in der Arbeiterklasse und auf Illusionen der Arbeiter über die KPÖ, sondern die betreffenden Arbeiter wollten durch die Wahl der Gewerkschaftlichen Einheit bloß die SP "abwählen".

Die SP muß natürlich auf die wachsende Empörung der Arbeiter reagieren. Aber entweder sind die kleinen Funktionäre nicht so große Demagogen wie ihr Chef Kreisky und meinen es vielleicht sogar ehrlich, oder sie halten die Leute für bereits gänzlich verblödet. So heißt es leutselig: "Ist ja klar, daß es Härtefälle gibt im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer. Aber die Regierung Kreisky wird dafür sorgen, daß der kleine Mann dieses abgegolten bekommt, in Form von Ausgleichszulagen." Das hier wortwörtlich Zitierte zeigt von einer "besonderen" Geistesverfassung des Schreibers: Die Ausgleichszulagen betreffen nur einen äußerst kleinen Kreis von Menschen, und denen geht es mit diesen Zulagen auch nicht viel besser. Hier davon zu sprechen, daß der "kleine Mann" etwas "abgegolten" bekommt, ist ein glatter Hohn.

Nebenbei bemerkt ist aber jede Teuerungsabgeltung nur eine Nachzahlung für bereits verlorene Kaufkraft!

Im Flugblatt heißt es aber weiter: "Die Unternehmer schreien jetzt immer, daß sie unerträgliche Lasten zu tragen haben, weil unser Finanzminister ihnen auf die Finger schaut und sie keine Privilegien mehr haben. Sie können nicht wie früher allein die Profite einstecken, sie müssen Haare lassen für die Allgemeinheit und teilen." So absurd diese Worte bei den jetzigen Profiten der Kapitalisten anmuten, es steckt doch ein Körnchen Wahrheit darin. Die "Unternehmer" müssen nämlich wirklich teilen - mit den bürokratischen Kapitalisten der SP, die nicht nur für die herrschende Klasse die Regierungsgeschäfte wahrnehmen, sondern die auch direkt durch das finanzkapitalistische Imperium um die BAWAG an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt sind. Die privaten Kapitalisten müssen teilen, eben mit der "Allgemeinheit" der SP-Bonzokratie. "Nun, liebe Freunde, wir wollen nicht immer schimpfen, wenn was teurer wird", heißt es in diesem Käsezettel. Die Arbeiter schimpfen aber nicht nur, sondern sie handeln auch. Sie beginnen zu kämpfen, weil sie die Angriffe auf ihren Lebensstandard, auf ihr Familienleben und ihre Gesundheit nicht hinnehmen können. Die Arbeiterklasse Österreichs gerät in Bewegung. Zuerst in einer Werkstatt, in einer Abteilung, dann im ganzen Betrieb beginnen die Arbeiter spontan zu kämpfen und sich auf ihre Stärke zu besinnen. Wir von der VfA müssen diese Kämpfe unterstützen, wenn möglich anleiten. So können wir den Marxismus-Leninismus in die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe hineintragen.

Denn nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus kann sich die Arbeiterklasse ihre eigene Kampfpartei schaffen und überhaupt erst als Klasse auftreten.

Darum: Lohnkampf in jedem Betrieb! Zeigen wir den Unternehmern und Gewerkschaftsbonzen die Faust, kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals und für die Schaffung der Partei der Arbeiterklasse! ●

Ein Tritt vom großen Bruder

Die beiden Supermächte sind derzeit sehr intim befreundet. Und die österreichische Regierung will beiden ein gehorsamer Diener sein. Selbst wenn sie manchmal einen Fußtritt kriegt. Wie zuletzt von Breschnew anläßlich der Erdgas-Verhandlungen.

Nach den SALT-Konferenzen hat nun Wien die Ehre, Schauplatz einer weiteren Konferenz zu sein, auf der die beiden Supermächte USA und Rußland ihre Hegemonieabsichten über die Völker der Erde weiter treiben wollen. Dabei zeigt sich immer mehr, daß sich die Widersprüche zwischen ihnen ständig verschärfen. Was vollkommen ihrer imperialistischen Natur entspricht. Denn wie es auch bei Raubtieren üblich ist, daß das jeweils stärkere auch von der Beute des anderen ein zusätzliches Stück für sich will, ist es auch im Verhältnis zwischen den USA und Rußland.

Die Konferenz, von der wir reden, soll dem "gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbau" dienen. (Englisch abgekürzt heißt sie "MBFR".) Und was wir schon zu SALT gesagt haben, trifft auch auf diese Konferenz zu: Was angeblich dem Frieden und der Sicherheit der Völker dienen soll, fördert gerade das Gegenteil!

Die werktätige und friedliebende Bevölkerung unseres Landes hat allen Grund zu verstärkter Wachsamkeit. Immer wenn in der Vergangenheit von "Frieden" und "Sicherheit" gesprochen wurde, haben die imperialistischen Machthaber ihre völkermordenden Raubzüge um mehr Weltmärkte und Rohstoffquellen - einfach gesagt um mehr Profit - vorbereitet. Ihr Wesen ändert sich niemals.

Mit dem feinen Gespür der österreichischen Zeitungen für alles, was reaktionär ist, haben unsere Meinungsmacher rasch geschaltet. Weil es ihrer konterrevolutionären Gesinnung richtig in den Kram paßt, wird die "MBFR"-Konferenz mit äußerstem Wohlgefallen behandelt. Dazu wurde ihr taxfrei der Name "Zweiter Wiener Kongreß" verliehen.

Wir können da der österreichischen Meinungsmanipulation gar nicht widersprechen, obwohl wir das Gegenteil meinen. Dieser "Wiener Kongreß" ähnelt seinem Vorgänger vor bald 150 Jahren tatsächlich. Damals galt es nach den Stürmen der Französischen Revolution und dem Zusammenbruch der Macht Napoleons die schwankende Herrschaft des Feudalismus in den europäischen Ländern gegen die rebellierenden Völker zu zementieren. Damals gelang es (Metternich), die widersprüchlichen Interessen der diversen europäischen Fürsten und Könige unter einen

Hut zu bringen und in der "Heiligen Allianz" zusammenzufassen. Diese war faktisch unter die militärische Oberhoheit der russischen Zaren gestellt.

Heute, da der vor allem durch die Niederlage in Vietnam schwer angeschlagene USA-Imperialismus quasi "an allen Fronten" eine Neuordnung seiner Positionen vornimmt, um seine Lage gegenüber den imperialistischen Konkurrenten nicht weiter zu verschlechtern, versuchen die sozialimperialistischen neuen Zaren im Kreml so etwas wie eine Heilige Allianz zu gründen. Es soll den Monopolkapitalisten in Europa der Mund wäßrig gemacht werden nach einer sozialimperialistischen Oberherrschaft, die ihnen die Herrschaft in ihren eigenen Ländern sichern soll und zugleich fette Profite aus der gemeinsamen Ausbeutung der von Moskau beherrschten Völker verspricht.

Daß Wien die zweifelhafte Ehre hat, Schauplatz dieses konterrevolutionären Kuhhandels zu sein, hat auch seine Gründe. Seit eh und je biedern sich die Machthaber in Österreich an den stärksten Unterdrücker an, zur bestmöglichen Sicherung der eigenen Interessen. Und sie gehen auch jetzt wieder mit der Zeit. War man vor kurzem vor allem noch ein "Stützpfeiler der freien Welt", das heißt, ehrerbietiger Lakai der US-Imperialisten, so häufen sich nun die "unzufriedenen" Äußerungen über die amerikanische Politik. Das geschieht aber nicht weil man eine auf die Unabhängigkeit Österreichs bedachte Politik betreiben will, sondern weil man sich den Sozialimperialisten anbiedern will. Da erhält man zwar noch genug Fußtritte - wie jüngst bei den Verhandlungen um Erdgaslieferungen -, aber verstärkte Unterwürfigkeit wird schon ans Ziel führen, ist die Meinung.

Unsere Aufgabe ist es, dem österreichischen Volk die Gefahren einer solchen Politik aufzuzeigen. Das geht auch am Beispiel der "MBFR"-Konferenz in Wien, bei der es sich um eine Verschwörung gegen die Völker und gegen den Frieden handelt. ●

****

Was sagen die Arbeiter zur Politik?

"Politisch Lied ein garstig Lied", sagte Goethe. Und dennoch: Was sagen heute die österreichischen Arbeiter zur Politik?

Die einen sagen gar nichts. Sie sind jene „schweigende Majorität", auf die sich die winzige Minorität der Großkopferten beruft, wenn sie – und nur sie allein – die Politik machen darf, nämlich die Politik gegen die arbeitenden Menschen.

Andere Arbeiter wieder sagen das nach, was ihnen die Massenmedien der herrschenden Reichen vorgesagt haben. ORF, „Kronen-Zeitung", „Kurier" und so weiter nehmen sich dann das Recht, „im Namen der Massen", die sie manipulieren, die Politik der herrschenden Klasse als angebliche „Volksmeinung" zu propagieren.

Wieder andere „meckern". Sie sind unzufrieden mit der Politik der herrschenden Klasse, können aber ihre Mißbilligung der bestehenden Zustände nicht anders artikulieren als durch harmloses Raunzen. „Ihr könnt uns alle", sagen sie und lassen damit die da oben nach Herzenslust volksfeindliche Politik betreiben.

Dann gibt es Arbeiter, die den Schmäh durchschauen. Sie protestieren gegen die herrschenden Zustände, indem sie für die jeweils sich anbietende „Opposition" stimmen und damit den jeweils tonangebenden Machthabern „Denkzettel" zu geben glauben. Womit sie an den Zuständen nach wie vor nichts ändern.

Schließlich gibt es die klassenbewußten Arbeiter, die wirklich aufbegehren, weil sie erkennen, daß die arbeitenden Menschen die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, aber nichts zu reden haben, sondern alleweil nur die Gefoppten und die Genarrten sind. Diese Arbeiter müssen notwendigerweise zur Erkenntnis kommen, daß die Diktatur des Kapitals und seiner Handlanger gestürzt und die Volksmacht errichtet werden muß.

So unterschiedlich verhalten sich heutzutage in Österreich die Arbeiter zur Politik. Zu welcher Gruppe von Arbeitern gehörst du, Kollege? ●

Die Sozialimperialisten fallen dem kambodschanischen Volk in den Rücken:

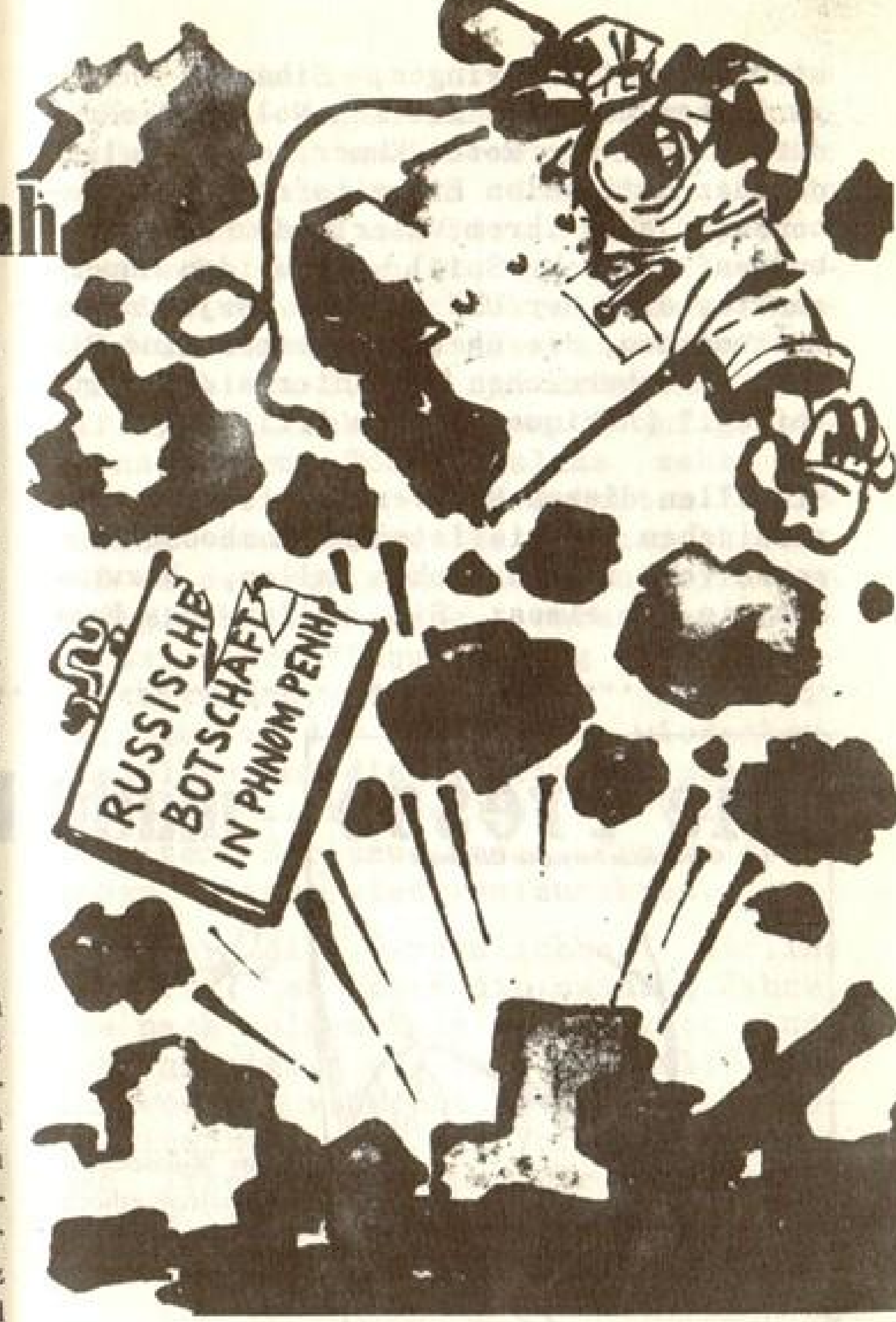
Verräter in Phnom Penh

Am 18. März 197o inszenierte der CIA einen Staatsstreich gegen den König von Kambodscha. Der Versuch, Kambodscha zu einer amerikanischen Kolonie zu machen, scheiterte jedoch. Auch die Ausrufung der "Republik" und die Massaker, die der Führer der Putschisten, Lon Nol, unter der vietnamesischen Minderheit anrichtete, um die Khmer gegen die Vietnamesen und Kommunisten aufzuhetzen, vermochten die Bevölkerung nicht irrezuführen. Im ganzen Land erhob sich das Volk zum Kampf gegen das Lon Nol-Regime.

Bereits am 23. März 197o wurde die Nationale Einheitsfront von Kambodscha gegründet, die alle politischen Kräfte vereinte, die für die nationale Unabhängigkeit zu kämpfen bereit waren. Ende April 197o, als die Saigoner Söldner in Kambodscha einfielen und von den Befreiungsstreitkräften und Guerillas vertrieben wurden, fand in Nordvietnam nahe der laotischen und chinesischen Grenze die Gipfelkonferenz der Völker Indochinas statt. Diese Konferenz verurteilte "alle Versuche der USA und deren Lakaien sowie der Reaktionäre Asiens unter Benutzung des Namens der UNO oder irgendeiner anderen internationalen Konferenz, jedweder asiatischen Organisation bzw. Konferenz das illegale Regime der Lon Nol-Sirik Matak-Reaktionäre zu legalisieren...." Weiters stellte sie fest, daß die Königliche Regierung der Nationalen Einheit die einzig legitime Vertretung des kambodschanischen Volkes ist.

Was aber geschah auf der 17. UNESCO-Tagung in Paris am 17. 1o. vorigen Jahres? Zu Beginn dieser Tagung wandten sich die Vertreter mehrerer Länder, darunter die Albaniens, Guineas, Kubas und der VR China, gegen die Teilnahme der Lon Nol-Clique und forderten, daß Kambodscha von seiner einzig legalen Regierung, nämlich der Kgl. Regierung der Nationalen Einheit, vertreten werden solle. Bei der folgenden Abstimmung sprach sich der Vertreter der SU für die weitere Teilnahme der Vertreter Lon Nols an der Konferenz aus!

Die Sowjetunion war einer der ersten Staaten, die das Putschistenregime Lon Nols anerkennt und die Beziehungen zur legalen



„Bedaure, Genosse Breschnew. Noch keine Anzeichen einer gütlichen Einigung zwischen den Roten Khmer und General Lon Nol."

Regierung Kambodschas abgebrochen hat. Aber die russischen Imperialisten unterstützen Lon Nol nicht nur auf diplomatischem Gebiet:

Sie wollen auch mit allen Mitteln die nationale Einheitsfront spalten. Zu diesem Zweck versuchen sie, gemeinsam mit Lon Nol, eine sogenannte "Kommunistische Partei" auf die Beine zu stellen, die als "dritte" Kraft neben der Einheitsfront und dem Faschistenregime in Phnom Penh legal zugelassen sein soll, um die Parolen Lon Nols von "Neutralität" und "Demokratie" glaubhaft zu machen. Andererseits versuchen die Sozialimperialisten, die Mitglieder der Nationalen Einheitsfront zu spalten und zu beeinflussen. Dazu erklärt Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha: "Die Sowjetunion startet mit wahrer Leidenschaft neue Manöver, um die kambodschanischen Kommuni-

sten so weit zu bringen, Sihanouk fallen zu lassen und sich mit Lon Nol zu verbrüdern. Aber die Roten Khmer, die Mitglieder der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha, sind ihrem Vaterland zu sehr verbunden, um das Spiel der beiden Supermächte, d.h. der USA und der Sowjetunion, mitzumachen, die übereingekommen sind, die Welt zu beherrschen und unter sich aufzuteilen." (Afrique-Asie am 1.11.72.)

Mit allen diesen Manövern, mit denen die russischen Imperialisten dem kambodschanischen Volk in den Rücken fallen, bezwecken sie nur eines: Sie wollen das Erbe der USA in Indochina antreten, nachdem diese durch den Volkskrieg in Vietnam, Laos und Kambodscha zum zeitweiligen Rückzug gezwungen sind.

Es gilt jetzt, wachsam gegenüber den beiden Supermächten zu sein. Einerseits kämpfen das vietnamesische Volk und die Völker von Laos und Kambodscha darum, daß die USA das von ihr unterzeichnete Abkommen auch einhält, und andererseits muß verhindert werden, daß der russische Imperialismus den indochinesischen Völkern die Früchte ihres Sieges wegnimmt und an die Stelle der Vereinigten Staaten tritt. ●

****

Die Presse macht Reklame für die »K«PÖ

Unabhängige Zeitung für Österreich

Das Wirtschafts-Chamäleon erhofft sich zwei Fliegen auf einen Streich

Ein Herr Oberleitner fungiert als Fachmann in der großkapitalistischen „Presse". Als Fachmann auf dem Gebiet der österreichischen politischen Parteien. Er tut so, als höre er das Gras wachsen, hat mit seinen Deutungen aber nur die Aufgabe, die Richtung der Politik der Monopolisten jenen Unternehmern klarzumachen, die nicht auf dem laufenden sind. Seinerzeit nahm er die Clique Fischer-Marek unter seine Fittiche, die – sozusagen als „rechte Revisionisten" – sich auf die österreichische Bourgeoisie orientierten und mit der moskauhörigen Fraktion in der ‚K'PÖ um die Macht in der Partei kämpfte. Was jeder schon seit Jahren weiß, stellt Herr Oberleitner nun in der „Presse" fest: Die „offiziellen" – das heißt die moskauhörigen – Revisionisten sind „Sieger" geblieben. Über diese Oberleitnersche Feststellung jubiliert natürlich die „Volksstimme".) Dabei ist es jetzt aber beileibe nicht so, daß der Herr Fachmann „rein wissenschaftlich" die Situation in der und um die ‚K'PÖ analysiert, sondern daß seine kapitalistischen Brötchengeber mit den von ihm verfaßten Artikeln bestimmte Absichten verfolgen. Der Grund ist vielmehr der, daß die österreichischen Machthaber mit Moskau besser ins Geschäft kommen wollen. Nach dem Grundsatz „Eine Hand wäscht die andere!" versuchen sie also, das unterentwickelte Image der Höchstädtplatz-Leute aufzupolieren, um in Moskau willigere Ohren zu finden. Das ist sozusagen der innenpolitische Zweig dieser Bemühungen; Hand in Hand damit geht ja eine zunehmende Unterordnung unter die außenpolitischen Wünsche der Kreml-Herren. (Über die Rolle der österreichischen Machthaber als Diener zweier Herren – als Diener der Supermächte USA und Rußland – haben wir ja schon wiederholt geschrieben.)

Und so werden denn im Rahmen dieser so redlich unredlichen Bemühungen die „Volksstimme" oder Muhri immer wieder im Radio oder im Fernsehen zitiert. Da wird folgsam vermerkt, daß wieder eine Delegation der ‚K'PÖ nach Moskau gereist ist und so weiter und so fort. Mit Tamtam wird vermeldet, daß ein ZK-Mitglied als Zentralbetriebsrat in den Aufsichtsrat der fusionierten Alpine-VÖEST-Werke einziehen wird, und daß überhaupt die ‚K'PÖ Chancen hätte, wieder zu parlamentarischen Sitzen zu kommen, weil sie ja die Stimmen unzufriedener, von der SPÖ enttäuschter Arbeiter erhalten könne.

Und damit glaubt man mit einem Schlage eine zweite Fliege zu erwischen. Indem man die verräterische ‚K'PÖ-Führung als Alternative für die von der SP-Regierung enttäuschten Arbeiter anbietet, glaubt man die Unzufriedenheit großer Teile der werktätigen Bevölkerung in ungefährliche Bahnen lenken zu können. Man empfiehlt, bei Betriebsrats- und sonstigen Wahlen der SPÖ einen „Denkzettel" zu geben und die „oppositionellen Kommunisten" zu wählen. Dabei wissen die Unternehmer genau, daß von seiten einer solchen Opposition keine Gefahr droht. Denn seit sich die ‚K'PÖ-Führung für den revisionistischen Kurs entschieden hat, wurde von ihr nie ernstlich der „Friede" in den Betrieben gestört oder gar ein Streik versucht.

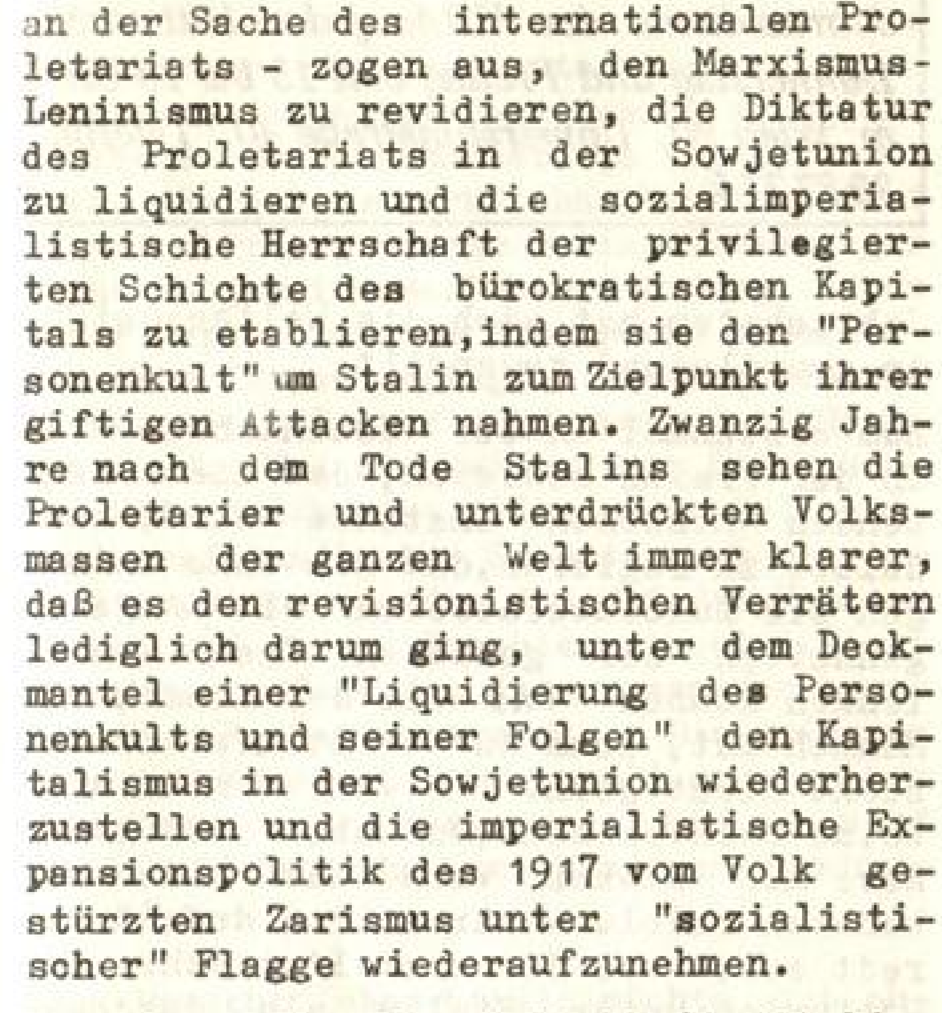
Wie gesagt: Über diese Stimmungsmache zu ihren Gunsten jubeln die ‚K'PÖ-Bonzen. Sie hoffen, daß die Arbeiter ihnen auf den Leim gehen. Für uns Arbeiter gilt es also, nicht auf neue Verräter hereinzufallen, sondern, gestützt auf die eigene Meinung und die eigene Kraft, in den Betrieben den Kampf um die Arbeiterinteressen zu führen. ●

Am 5. März 1953 starb Josef Stalin:

20 Jahre nachher...

„Der Marxismus leugnet durchaus nicht die Rolle hervorragender Persönlichkeiten oder die Tatsache, daß die Menschen die Geschichte machen," sagte Josef Stalin am 13. Dezember 1931 in einem Gespräch mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig. Und er fuhr fort: "Natürlich machen aber die Menschen die Geschichte nicht so, wie es ihnen irgendeine Phantasie eingibt, nicht so, wie es ihnen gerade einfällt... Es sind die Menschen, die die Geschichte machen, jedoch nur insofern, als sie die Bedingungen, die sie fertig vorfinden, richtig verstehen, und nur insoweit, als sie es verstehen diese Bedingungen zu verändern."

Chruschtschow und Mikojan, Breschnew und Kossygin - alle diese Erzverräter


an der Sache des internationalen Proletariats - zogen aus, den Marxismus-Leninismus zu revidieren, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu liquidieren und die sozialimperialistische Herrschaft der privilegierten Schichte des bürokratischen Kapitals zu etablieren, indem sie den "Personenkult" um Stalin zum Zielpunkt ihrer giftigen Attacken nahmen. Zwanzig Jahre nach dem Tode Stalins sehen die Proletarier und unterdrückten Volksmassen der ganzen Welt immer klarer, daß es den revisionistischen Verrätern lediglich darum ging, unter dem Deckmantel einer "Liquidierung des Personenkults und seiner Folgen" den Kapitalismus in der Sowjetunion wiederherzustellen und die imperialistische Expansionspolitik des 1917 vom Volk gestürzten Zarismus unter "sozialistischer" Flagge wiederaufzunehmen.

Was aber die Persönlichkeit Stalins betrifft, so haben die zwanzig Jahre, die nach seinem Tode verstrichen sind, mehr gezeigt, als es der "Kult" um ihn vorher vermocht hätte, welche gewaltige Rolle ihm als Vorkämpfer gegen den Imperialismus und für den Sozialismus in der Geschichte zugefallen ist.



Dreißig Jahre lang stand Stalin als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an der Spitze des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt. In diesen drei



Statt einer Bildunterschrift

Was mich betrifft, so bin ich nur ein Schüler Lenins, und mein Ziel ist, sein würdiger Schüler zu sein.

Die Aufgabe, der ich mein Leben widme, ist der Aufstieg ... der Arbeiterklasse. Diese Aufgabe besteht nicht in der Stärkung irgendeines Nationalstaates, sondern in der Stärkung des sozialistischen, also internationalen Staates, wobei jede Stärkung dieses Staates zur Stärkung der gesamten internationalen Arbeiterklasse beiträgt. Wäre nicht jeder Schritt in meiner Arbeit für den Aufstieg der Arbeiterklasse und die Stärkung des sozialistischen Staates dieser Klasse darauf gerichtet, die Lage der Arbeiterklasse zu stärken und zu verbessern, so würde ich mein Leben als zwecklos betrachten.

J. W. Stalin, 1931

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Jahrzehnten hat sich die Weltgeschichte grundlegend gewandelt.

Zum erstenmal in der Geschichte wurde in der Praxis bewiesen, daß die arbeitenden Menschen imstande sind, sich selbst zu regieren, daß sie ohne und gegen die Ausbeuterklassen die Angelegenheiten der gesamten Gesellschaft lenken können. "Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern. Er will unter sich keine Sklaven sehn, und über sich keine Herr'n." Dieser Vers aus einem bekannten revolutionären Lied drückt beredt aus, was die sozialistische Sowjetunion unter Stalin als durchaus realisierbar unter Beweis gestellt hat.

Zum erstenmal in der Geschichte wurde in der Praxis bewiesen, daß die armen und mittleren Bauern zu ihrem eigenen Vorteil und aus eigener Einsicht ihre individuelle Wirtschaft auf eine gemeinschaftliche Wirtschaftsform umstellen können. Noch vor etwa 40 Jahren weissagte ein so bedeutender Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie wie Otto Bauer, daß die UdSSR an der Bauernfrage "zugrunde gehen" müßte. Die historische Wirklichkeit hat nicht nur den Sieg der Kollektivwirtschaftsordnung in der Sowjetunion unter Leitung Stalins gebracht, sondern auch gezeigt, daß die Bauern aller Nationen – von der DDR und der CSSR im Westen bis zur Volksrepublik China und zur Demokratischen Volksrepublik Korea im fernen Osten – im Prinzip den gleichen (bereits von Marx und Engels vorgezeigten) Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses gehen können. Mehr noch: Im EWG-Raum sucht man heute einen Ausweg aus der permanenten Sozialkrise in der Landwirtschaft durch kollektive Wirtschaftsformen.

Zum erstenmal wurde in der Praxis bewiesen, daß ein ursprünglich rückständiges Land in relativ äußerst kurzer Zeit den Vorsprung industriell fortgeschrittener Länder einholen und überholen kann, und zwar ohne deren Unterstützung, vielmehr gegen deren Widerstand. Die kapitalistischen Westmächte wollten die sozialistische Sowjetunion zu einem abhängigen Land von Rohstofflieferanten und Baumwollwarenproduzenten verewigen. Dank Stalins Führung wurde aber die Sowjetunion zu einem ohne jede ausländische Hilfe vollindustrialisierten Land mit entwickelter Schwerindustrie, die ihre Unabhängigkeit gewährleistete.

Zum erstenmal in der Geschichte trat das Proletariat als Führer einer großen Nation auf die internationale Arena. Dieser Auftritt erwies sich als geschichtlich entscheidend im zweiten Weltkrieg: Gerade die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins war es, die dem Hitler-Faschismus das Genick brach und damit den ganzen weiteren Verlauf der Weltgeschichte vorausbestimmte! Nur dem sozialistischen Gesellschaftssystem war es zu danken, daß die Sowjetunion im Widerstandskrieg gegen die Nazi-Aggression siegen und ihre Befreiermission im internationalen Maßstab erfüllen konnte.

★

All diese Großtaten der sozialistischen Sowjetunion wurden unter Stalins Führung erbracht. Gewiß waren sie nicht nur das Verdienst Stalins, sondern das des ganzen Sowjetvolkes und der ganzen kommunistischen Partei. Wenn aber auch heute, zwanzig Jahre nach Josef Stalins Tod, die gesamte Weltbourgeoisie samt ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Lakaien Stalin in den Kot zerren, seinen Namen nur mit Schaum vor dem Mund aussprechen können, dann nur wegen eben dieser geschichtlichen Leistungen des heroischen Sowjetvolkes unter Stalins Führung. ●

Die Kuwaiter Zeitung „Al Seyassah" schrieb am 30. November 1972 in dem Artikel „Kein Unterschied zwischen zwei Standpunkten" über die imperialistische Politik Rußlands im Nahen Osten: „Die USA unterstützen unseren Feind (gemeint ist der israelische Zionismus) mit Geld und Waffen, Rußland mit Menschen und Militärtechnikern. Diese Haltung der Sowjets wurde enthüllt, als sie zugaben, daß eine große Zahl sowjetischer Juden nach dem besetzten Palästina emigriert ist."
Weiter heißt es in diesem Artikel: „Zu einer Zeit, da unsere arabische Nation einer gefährlichen Situation gegenübersteht, gibt die Sowjetunion Israel eine Unterstützung, die wirkungsvoller ist als Waffen — Hilfe in der Form emigrierter sowjetischer Juden. ●



Leserbrief: Kadavergehorsam im ORF

Am 5.3. konnte man im Mittagsjournal des Österreichischen Rundfunks eine Kommunistenhetze ersten Ranges hören. Anlaß dazu war der 2o. Todestag Stalins. Der Beitrag begann unvermutet ganz anders als in Österreich üblich. Da gab es Worte wie: Stalin war zum Symbol für die Unterdrückten geworden, ein Vorbild für die gesamte Dritte Welt.

Doch in dieser Weise durfte es natürlich nicht weitergehen. Dieses positive Bild Stalins mußte schleunigst zerstört werden. Man tat es, indem man durch die Rederei vom "Abgott Stalin für die Armen" (die selbstverständlich "blind an ihn glaubten") die richtigen Feststellungen vom Beginn des Beitrags kurzerhand entkräften wollte. Und nun konnte die Hetze losgehen! Da verspritzte der Berichterstatter nur so Gift und Galle, wenn er vom "menschenfeindlichen System" Stalins, dem System jenes Mannes, der "niemand traute außer Hitler und seinem Pakt mit ihm" und der "die Besten der Oktoberrevolution 1917 ausrotten ließ", redete. Die "Krönung" des Berichtes aber war wohl der Ausdruck "Kadaver Stalins"! Gerade hier zeigt sich besonders deutlich, daß der Österreichische Rundfunk nicht einmal den Anschein "objektiver Berichterstattung" halten kann. (Als "objektiv" bezeichnen sich bürgerliche Meinungsmacher ja schon immer gern.) Es gibt in Wirklichkeit, und darauf hat eure Presse schon oft hingewiesen, gar keine objektive Berichterstattung, denn jeder Report ist vom Standpunkt einer bestimmten Klasse geprägt. Die herrschende Meinung ist eben die Meinung der Herrschenden. Und die Meinung der Herrschenden Österreichs ist alles andere als kommunistenfreundlich. So soll auch der Arbeiter unseres Landes den Haß der Kapitalisten und ihrer Knechte eingetrichtert bekommen und so die Interessen der herrschenden Klasse vertreten. Die eigenen Klasseninteressen aber soll er darüber verkennen oder vergessen. Und die sind denen der Herrschenden gerade entgegengesetzt!

Zum Bericht über Stalin möchte ich abschließend noch folgendes sagen: Selbst nach 2o Jahren ist die Bourgeoisie immer noch von einem unglaublichen Haß gegen Stalin erfüllt. Denn Stalin trat als Führer der KPdSU für die Diktatur der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ein. Er war Lehrer und Vorbild für den Kampf der Arbeiter aller Länder sowie der unterdrückten Völker gegen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus. ●

****

VR China: Arbeiter lernen Betriebe leiten

Im Gefolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurden in den letzten drei Jahren in ganz China zahlreiche Arbeiter auf leitende Posten in den Industriebetrieben befördert. Sie hatten sich in dieser Revolution gestählt, und sie verfügen neben ihrer reichen Produktionserfahrung über ein hohes politisches Bewußtsein. Diese Funktionärkader aus den Reihen der Arbeiter nehmen an der kollektiven Produktionstätigkeit weiterhin aktiv teil und haben sich die vortrefflichen Eigenschaften arbeitender Menschen bewahrt. Sie unterhalten engen Kontakt mit den Massen und führen zusammen mit anderen Belegschaftsmitgliedern technische Neuerungen durch.

Eines von vielen Beispielen für diese Entwicklung liefert die auf der Basis von Zuckerrohr arbeitende chemische Fabrik in Tjangmen, Provinz Kuangtung (Südchina). Dort wurden viele Arbeiter leitende Betriebsfunktionäre. Drei von ihnen wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Fabrik gewählt. 28 Arbeiter sind Leiter oder stellvertretende Leiter von Werkabteilungen, 13 weitere haben führende Posten als Techniker inne; eine große Zahl anderer Arbeiter leiten diverse Produktionsabschnitte.

In der Nummer 71 (Februar 1973) sind uns einige sinnstörende Tippfehler passiert. Wir bitten unsere Leser, diese Abschreibefehler angesichts der schwierigen Herstellungsweise unserer Zeitschrift — in der knapp bemessenen Freizeit berufstätiger Arbeiter — zu entschuldigen.



Viele Arbeiter studieren heute an der Schanghaier Arbeiter-Universität, um nach der Rückkehr in ihre Betriebe leitende Posten zu übernehmen. Auf unserem Bild Arbeiterinnen aus einer Baumwollspinnerei in Tsingtao.

Diese Fabrik, die 3.000 Arbeiter zählt, erfüllt Jahr für Jahr ihr Produktionsprogramm. 1972 hat sie die Planziele für Kristallzucker, Raffinade und Pulpe (aus Zuckerrohrstroh) zwei Monate vorfristig erreicht. Die Qualität der Erzeugnisse steigt andauernd, während die Produktionskosten sinken.

Solche ausgezeichneten Leistungen sind zu einem wesentlichen Teil eben den neuen Kadern aus der Mitte der Arbeiterschaft zu danken. Ein paar Beispiele: Der alte Arbeiter Teng Dschu, der jetzt ein Vizevorsitzender des Revolutionskomitees und zugleich Mitglied des ständigen Ausschusses Betriebsparteikomitees ist, arbeitete in diesen Eigenschaften einige Zeit hindurch unmittelbar an den Produktionsstätten der Raffinerieabteilung. Er half den dort tätigen Arbeitern und Angestellten, ihre Erfahrungen zusammenzufassen, und verbesserte gemeinsam mit ihnen die Methoden zur Herstellung von Würfelzucker, was eine Produktionssteigerung um 16 Prozent zur Folge hatte. Ein anderer Stammarbeiter, Tschen Tsan-tschun, der jetzt als Leiter einer Experimentiergruppe arbeitet, studierte in seiner Freizeit eine Unmenge wissenschaftlicher und technischer Literatur über Abfallverwertung. Es gelang ihm, zusammen mit mehreren Arbeitern und Technikern, im Laufe von sechs Monaten - statt der eingeplanten zwei Jahre Entwicklungsarbeit - ein wichtiges chemisches Produkt aus den Abwässern zu gewinnen.

Die meisten der neuen leitenden Betriebsfunktionäre aus der Arbeiterschaft sind alte Arbeiter, die zwar eine weitgehende praktische Produktionserfahrung besaßen, aber in der alten Gesellschaft kein Recht auf Bildung hatten. Erst nach der Befreiung begannen sie lesen und schreiben zu lernen. Die Parteiorganisation des Betriebes hatte für sie Kurse organisiert, so daß sie ihr allgemeines Bildungsniveau heben konnten. Ingenieure und Techniker hielten ihnen Vorlesungen über einschlägige wissenschaftliche Fragen, und den Arbeitern wurde auch geholfen, ihre eigenen Erfahrungen zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Gleichzeitig leitete das Parteikomitee die Arbeiter beim Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung an.

Vorsitzender Mao sagte vor einigen Jahren: "Man muß der proletarischen Politik das Kommando einräumen und den Weg der Schanghaier Maschinenfabrik gehen, um Techniker aus den Reihen der Arbeiter heranzubilden." Allein in Schanghai besitzen derzeit 87 Prozent aller Industrie-, Handels-, Verkehrs- und sonstigen Betriebe Schulen oder Kurse für Arbeiter, die von insgesamt mehr als 800.000 Personen ohne Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit besucht werden. Ein anderes Beispiel für die Bemühungen, dem zunehmenden Bedürfnis der Arbeiter nach besserer politischer, technologischer und kultureller Bildung entgegenzukommen, ist die Schanghaier Arbeiteruniversität.

Diese Hochschule, die auf der Verbindung von Arbeit und Studium beruht, wurde 1960 ins Leben gerufen. Seither haben sie mehr als 5.000 alte Arbeiter sowie aus Arbeitern hervorgegangene Techniker absolviert. Nachdem sie, mit dem Diplom in der Hand, in ihre Betriebe zurückgekehrt waren, haben sie viele Hunderte technische Neuerungen eingeführt, Neukonstruktionen geschaffen, Produktionsverfahren verbessert.

Im Laufe der Kulturrevolution ist das Lehrpersonal der Schanghaier Arbeiteruniversität mit erhöhtem Bewußtsein darangegangen, die revolutionäre Linie Mao Tsetungs im Bildungswesen durchzuführen. Die Universitätslehrer beteiligten sich in Fabriken oder auf dem Dorf an der körperlichen Arbeit und taten die ersten Schritte zu einer Revolutionierung des Unterrichts.

Das Lehrprogramm der Universität umfaßt derzeit: Maschinenbau, industrielle Elektronik, Automation, Petrochemie, technisches Englisch, Maschinenzeichnen. Der Lehrgang dauert zwei Jahre. Die Arbeiter-Studenten kommen aus verschiedenen Industrie-, Verkehrs- und Handelsbetrieben Schanghais. Drei Tage lernen sie, drei Tage leisten sie praktische Arbeit. Nach Beendigung des Studiums kehren sie an ihre früheren Arbeitsstätten zurück.

Gleichzeitig mit der Aneignung höherer technischer Kenntnisse studieren diese Arbeiter-Studenten auch den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Tsetungs, um Intellektuelle der Arbeiterklasse mit sozialistischem Bewußtsein und beruflicher Qualifikation zu werden. ●

Diesen Bericht sollte man genau studieren:

Am Beispiel der Renault-Arbeiter



In den französischen Renault-Werken kämpfen die Arbeiter immer wieder um ihre Interessen. Die Betriebsleitung und die mit ihnen zusammenarbeitenden Gewerkschaftsbonzen sind zwar schlau und gehen gegen die Arbeiter von hintenherum vor; kehrt aber für kurze Zeit „Ruhe" im Betrieb ein, glauben sie schon Oberwasser zu haben. Und sind dann ergrimmt, wenn die Rebellion stets von neuem aufflackert.

So brach in einer Abteilung kürzlich wieder ein Streik aus. Die Beschäftigten waren hauptsächlich Gastarbeiter; sie traten in den Streik, weil ihre Arbeit lohnmäßig zu niedrig eingestuft war. Die Leitung des Streiks hatte jenes Kampfkomitee, dem auch Pierre Overney angehört hat, der im Vorjahr von Werkschützlern erschossen wurde.

Als erste meldeten sich die Gewerkschaftsbonzen der ‚KP'-Fraktion (die stärkste) zu Wort. In einem Aufruf stellten sie die lächerliche Behauptung auf, dieser Kampf „störe die gewerkschaftliche Einheit". Die Arbeiter aber ließen sich nicht einschüchtern, im Gegenteil. Aus Solidarität schlossen sich weitere Abteilungen dem Streik an.

In der Folge mußte die Betriebsleitung klein beigeben und praktisch alle Forderungen der Arbeiter erfüllen. Als sich abzeichnete, daß die Streikbrecheraufrufe der Gewerkschaftsbonzen nichts fruchteten, sondern die Arbeiter durch ihren Kampf zum Erfolg kommen würden, vollzogen die „gewerkschaftlichen Einheitler" eine Kehrtwendung. Plötzlich erklärten sie alle Forderungen für „gerecht". Dadurch wollten sie sich wieder ins Spiel bringen. Kein Wunder, hatten sie doch Angst um ihren Einfluß auf die Arbeiter. Mit allen Mitteln wollen sie ja die Erkenntnis verhindern, daß kämpfende Arbeiter auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen erfolgreich sein können, wenn sie einheitlich und geschlossen auftreten.

Das ist ein lehrreiches Beispiel für die österreichischen Arbeiter. Bei uns ist in der arbeitenden Bevölkerung ja noch die Meinung vorherrschend, daß „ohne Gewerkschaft" ein Kampf von vornherein aussichtslos sei. Und diese Meinung wird von den Bonzen und den Unternehmern noch propagiert. Tatsächlich liegt darin die Ursache, daß die Arbeiterschaft bei uns noch so leicht beherrscht werden kann und sich die Antreiberei in den Betrieben weiter verstärkt und die Preise ohne Ende steigen, ohne daß es zu Lohnkämpfen kommt. Denn in diesem Spiel arbeiten Gewerkschaftsbonzen und Unternehmer Hand in Hand.

Das Renault-Beispiel zeigt aber: Wenn sich die Arbeiter auf ihre eigene Kraft besinnen, sind sie stark genug, ihre Forderungen durchzusetzen. Selbst gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen.

J. F., Wien ●